

Die Linke, Hebelstraße 21, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe



10.10.2023

<b>DOPPELHAUSHALT</b>	<b>2024/2025</b>
<b>ANTRAG</b>	<b>DHH/2023/5018</b>

Keine pauschale Kürzung der Personalkosten bei der Sozial- und Jugendbehörde

<b>▶ Zuordnung im Haushaltsplan</b>					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich   Produktgruppe   Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
<b>▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen</b>					
<b>Art</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>	<b>2027</b>	<b>2028</b>
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

<b>▶ Weitere Angaben</b>
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
<b>▶ Sachverhalt   Begründung</b>

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es findet keine pauschale Kürzung der Personalkosten bei der Sozial- und Jugendbehörde statt. (HHS\_V108)

Begründung:

Durch eine "Verzögerte Besetzung von Personalstellen bei der Sozial- und Jugendbehörde mit Blick auf das Personalentwicklungskonzept" (HHS\_V108) sollen 2 Millionen Euro eingespart werden.

Durch einen aktuell durchgeführten Personalentwicklungsprozesse sollen laut Sozial- und Jugendbehörde Aufgaben effizienter gestaltet werden. Eine Aufschlüsselung, welche Stellen betroffen sein könnten, gibt es dementsprechend noch nicht.

Außerdem werden Einsparungen mit dem Fachkräftemangel begründet, aus dem sich eine hohe Fluktuation und deshalb immer wieder nicht besetzte Stellenanteile ergeben.

Wir befürchten, dass durch Einsparungen beim Personal eine weiter verstärkte Arbeitsbelastung im Bereich der Sozial- und Jugendbehörde entsteht, der wiederum zu einer ansteigenden Krankheitsrate und/oder zu weiteren Kündigungen führen kann.

Den Fachkräftemangel "zum Programm zu machen" und daraus Einsparungen abzuleiten, halten wir für einen perspektivisch falschen Weg. Eine gute Personalgewinnung durch attraktive Arbeitsplätze wäre aus unserer Sicht der richtige Weg.

---

Unterzeichnet von:

Karin Binder

Lukas Arslan

Mathilde Göttel